

Neue Verordnungen der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat wieder eine Reihe neuer Ordnungen erlassen. Der vorerstige Straßenbahnverkehr soll von nun an nicht mehr gebildet werden. Es ist beschlossen worden, daß die Straßenbahngesellschaften ihren Betrieb auf die normale Ausdehnung, die im Jahre 1922 festgesetzt wurde, zurückzuführen haben.

Des ferneren soll von nun an den Kommunen und dem Deutschen Reich „Wiederherstellung“ eines jeden Schadens auferlegt werden, der durch Sabotage oder durch den Widerstand des Deutschen Reiches gegen die Ordnungen der Oberkommission entstanden ist.

Außerdem soll angeordnet werden, daß von nun an der in Ordnung 167 vorgesehene Verkehr zwischen den Beamten im besetzten Gebiet und ihren vorgesetzten Behörden im unbesetzten Gebiet auf ein möglichst geringes Maß beschränkt wird. Die Beschränkungen sollen allein diese Genehmigung erteilen, die nur für eine einzige Reise Gültigkeit haben.

Neues Kollektiv.

Nach Meldungen aus Koblenz soll die Rheinlandkommission ein neues Kollektiv verfaßt haben, aber dessen Inkrafttreten allerding noch nichts Bestimmtes verspricht. Danach soll in Zukunft auch die Einfuhr aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet der Einfuhrgenehmigung und dem Zoll unterliegen, der anscheinend in Höhe des deutschen Zolltarifs erhoben werden soll. Offenbar ist diese neueste Erleichterung des Verkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet auf die französische Absicht zurückzuführen, die angeordnete Verschärfung ihrer Maßnahmen zur Durchkreuzung des deutschen Widerstandes wahr zu machen.

Alle Dortmunder Bahnhöfe besetzt.

Gestern wurde der Dortmunder Hauptbahnhof und der Bahnhof Dortmund-Süd von den Franzosen besetzt. Der bekannte Befehl des Generals Degoutte an die deutschen Eisenbahner zur „Aufnahme der Arbeit für die Regie“ ist überall angeklungen. Der Grund der Besetzung ist wohl auch darin zu suchen, daß zu den heutigen Besetzungsfestlichkeiten Zugang von außerhalb unmöglich gemacht werden soll. Tausende von Reisenden unterwegs liegen und mühen sich mit der Straßenbahn auf Umwegen Dortmund zu erreichen suchen.

Durch die Besetzung der Dortmunder Bahnhöfe ist nicht nur Dortmund selbst, sondern das ganze Ruhrgebiet vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Die Lebensmittelversorgung wird durch diese neue Besetzung im bedenklichen Maße gestört. Auf dem letzten Dortmunder Viehmarkt, der der größte Rheinland-Westfalens ist, war der Auftrieb bereits um die Hälfte zurückgegangen. Die Folge davon war, daß sich in Dortmund und im ganzen Ruhrgebiet große Viehknappheit bemerkbar machte.

Französischer Raubakt.

Am Mittwoch war ein Schienenstrang im Bahnhof Windischlär von Unbekannten gesprengt worden. Nach einem von der französischen Besatzungsbehörde bekanntgegebenen Befehl hat nun der Kommandant des Präsenzkompas Kehl aus Anlaß dieser Sprengung folgende Sanktionen angeordnet:

1. Die Bürgermeister der Gemeinden Windischlär und Oberweiler werden verhaftet.
2. Die durch Sprengung an der Bahn entstandenen Schäden werden auf Kosten der Gemeinde Windischlär durch die Bewohner dieses Ortes selbst ausgebeffert.
3. Eine Geldstrafe von 10 Millionen Mark wird der Gemeinde Windischlär und eine Strafe von 5 Millionen Mark der Gemeinde Oberweiler auferlegt.
4. Bis auf weiteres darf mindestens bis zur Bezahlung der Geldstrafe und bis zur Wiedergutmachung des Schadens kein Einwohner der Gemeinden Windischlär und Oberweiler von 7 Uhr abends bis 6 Uhr früh seine Wohnung verlassen und während dieser Zeit weder der Verkehr sämtlicher Beförderungsmittel (auch Fahrräder, Motorräder usw.) auf der Straße Appenweilers-Offenburg verboten.

Französische Justiz.

Fünf Jahre Gefängnis und 178 Milliarden Geldstrafe.

Vor dem Kriegsgericht in Werden begann gestern die Verhandlung gegen Direktor Kellermann von der Gute Hoffnungshütte in Oberhausen. Direktor Halle von den Rombacher Hüttenwerken in Oberhausen und den Proturisten Friedemann von der Adler M.G. für Bergbau in Kupferdreh. Die Herren sind angeklagt, gegen Verordnung 88 verstoßen zu haben dadurch, daß sie Kohlen- und Kokslieferungen nicht wieder aufnahmen. Direktor Kellermann erklärte, daß er wegen des Lieferungsverbotens des Reichskohlenkommissars nicht hätte liefern können, und daß er, wenn er auch gewillt hätte, doch nicht liefern konnte, weil die Arbeiter sonst in den Streik getreten wären.

Der als Zeuge vernommene Betriebsratsvorsitzende Weidlich bestätigte letztere Angabe. Direktor Kellermann erklärte noch, daß er Reparationsentscheidungen seit August v. J. nicht mehr getroffen habe, weil er von Frankreich als undenkbar zurückgewiesen worden sei. Gemäß dem Antrag des Anklagevertreters wurde dem Bericht Direktor Kellermann zu fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe in Höhe des doppelten Wertes der nichtgelieferten Kohlen- und Kolsmengen, nämlich 178 Milliarden Mark.

Die Verhandlung des französischen Kriegsgerichts gegen den Direktor Halle nahm denselben Verlauf wie die gegen Direktor Kellermann. Der Angeklagte wurde nach dem Antrag des Staatsanwalts zu 5 Jahren Gefängnis und 5,2 Milliarden Franken, das sind rund 48 Milliarden Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Beschlusse gegen den Proturisten Friedemann hob der Bes-



Aue, Bahnhofstraße 36
Ersatzteile, Nadeln, Öl, Garn, Reparaturen.

teidiger hervor, daß Friedemann nur den Befehl zur Kohlenlieferung entgegengenommen, ihn aber sofort dem Generaldirektor Pusch, auf dessen Namen der Befehl lautete, weitergegeben habe. Das Urteil gegen Friedemann lautete auf 8 1/2 Millionen Franken oder rund 67 Milliarden Mark Geldstrafe. Von Gefängnisstrafe wurde abgesehen.

2 Millionen Mark für einen Schüler.

Das französische Militärpolizeigericht zu Landau hat den Oberrealschüler Heins aus Frankenthal zu zehn Monaten Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er nachts Plakate mit der Überschrift: „Deutsche Frauen, steht fest im waffenlosen Kampf!“ angeschlagen hatte.

Dortmund.

Ein vom Reichspräsidenten an die Dortmunder Stadtverwaltung gerichtetes Telegramm lautet: „Ich bitte Sie, den Angehörigen der durch französisches Militär in sinnlos brutaler Weise ermordeten sechs Bürger Ihrer Stadt mein herzlichstes Beileid auszusprechen und die unter unmenslichen Umständen der fremden Gewalt übergebenen Leidenden Bevölkerung meiner aufrechtlichen Teilnahme zu versichern. Reichspräsident Ebert.“

Die Schüler, die über den Vorgängen bei der Erschießung der beiden französischen Korporale laßen, begannen sich langsam zu rücken. Von vornherein suchten die Franzosen durch Verhaftung der maßgebenden Personen, durch völlige Absperrung des Rathortes, durch Verhinderung der Reisen der Erschollenen von deutschen Werken beschließen zu lassen, und auf jede Weise den Gang der deutschen Untersuchung zu erschweren in der ganz unerkennbaren Absicht, ihrer eigenen Propaganda die Möglichkeit zu gründlicher Untersuchung der Angelegenheit zu verschaffen. Gleichwohl kann auf Grund der bisherigen

Ergebnisse der amtlichen deutschen Untersuchung

das folgende gesagt werden: Der frühere Schupo-Oberwachmeister Waldman hatte am Tatort einen lebhaften Wortwechsel mit den beiden Franzosen, von denen einer mit der geschiedenen Frau des Beamten, einer aber besessenen Person, ein Verhältnis hatte. Waldman hat nach der Tat gegenüber dieser Frau und einem Schankwirt geäußert, die Franzosen hätten ihn mit ihren Schusswaffen bedroht und er habe in Notwehr die beiden hingelassen. Am nächsten Tage wurde Waldman, dessen Aufenthaltsort die Franzosen ermittelt hatten, auf der Flucht erschossen.

Es handelt sich bei der Tat also um eine rein persönliche Auseinandersetzung, hervorgerufen durch das Verhalten der Franzosen selbst. Nichts rechtfertigt die ungeheuerlichen „Sanktionen“ gegenüber der gewählten Bevölkerung. Auch nichts vermag Frankreich die Schande von sich abzumachen, die jene Offiziere ihm eingetragen haben, die in der Morgnacht von Dortmund sechs wehrlose Deutsche niederschlugen und zusammenschossen.

Der Rücktritt der belgischen Regierung.

Wie das „Echo de Paris“ aus Brüssel meldet, hat der König Theunis beauftragt, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Es erscheint bereits sicher, daß die Lösung der Krise sehr schwer sein wird, weil man vorläufig noch nicht erkennen kann, auf welcher Basis eine neue liberal-katholische Koalition zustandekommen könnte. In den meisten politischen Kreisen nimmt man jedoch an, daß, wie auch die Dinge sich entwickeln wird, Theunis und Jaspar beide dem Kabinett angehören werden. Man glaubt für den Fall, daß eine Lösung der Krise sich als unmöglich herausstellen sollte, an eine Auflösung der Kammer.

Besetzung in Paris.

In Parisser politischen Kreisen zeigte man sich über den Rücktritt des belgischen Kabinetts außerordentlich bestürzt, weil man den dem Rücktritt vorausgehenden Meldungen keine besondere Bedeutung beilegte, und weil bei der letzten Brüsseler Zusammenkunft zwischen Theunis und Poincaré der Rücktritt als keineswegs wahrscheinlich bezeichnet wurde. Man verheißt sich nicht, daß der Rücktritt auf das neutrale Ausland und namentlich auf Deutschland gerade im gegenwärtigen Augenblick der Reparationsverhandlungen einen außerordentlich günstigen Eindruck machen muß. Andererseits aber wurde betont, daß nun gerade Poincaré alles daran setzen würde, seinen Standpunkt namentlich England

gegenüber durchzusetzen, um damit jeden Einbruch der Schwäche zu vermeiden. Deutschland, so wurde versichert, würde sich schweren Enttäuschungen hingeben, wenn es etwa hoffen wollte, aus diesem Rücktritt Nutzen zu ziehen, denn jede Uneinigkeit der Mächten könnte ihm nur schaden.

Republikanische Freiheit in Thüringen.

Schülerentlassungen.

Von den höheren Schulen in Sonderhausen, Salzungen und anderen thüringischen Städten sind eine Anzahl Schüler vom thüringischen Volksbildungsminister Greil, der der unabhängigen Sozialdemokratie angehört, vertrieben worden, weil sie sich an der Feier des 1. Mai nicht in der von der Regierung angeordneten Weise beteiligt haben.

Kommunistenterror.

In Großensee hielt am Sonntag der Stadtschülerverein eine Festlichkeit ab, an der auch der Arbeiterverein mit der Vereinsfahne teilnahm. Kommunisten forderten die Entfernung der Fahne, was verweigert wurde. Darauf sammelten die Kommunisten etwa 80 Mann, überfielen die Festteilnehmer und schlugen mit Knütteln auf sie ein. Die Instrumente der Kapelle wurden völlig zerstört. Der Gastwirt, ein Kriegsbeschädigter, wurde zu Boden geschlagen; er erlitt Arm- und Rippenbrüche und schwere Schädelverletzungen, so daß sein Zustand besorgniserregend ist. Darauf zogen die Kommunisten, mit Knütteln bewaffnet, durch das Dorf. Dem andern Gastwirt, der mit der Sache nicht das Mindeste zu tun hatte, wurden die Fenster eingeschlagen.

Kleine politische Meldungen.

Reichspräsidentenwahl. Der Reichspräsident erklärte sich mit dem Reichsstaatsratsgesetz und der neuen Beamtenbesoldungsverordnung nach den Beschlüssen des Reichstages einverstanden. In Frage der Lastenverteilung erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, die Reichsregierung sei bereit, den Gemeinden im besetzten Gebiet und im Einbruchgebiet die Mehrkosten aus der neuen Verordnung durch Zuschüsse aus besonderen Fonds tragen zu lassen. Angenommen wurde ferner die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechkosten ab 1. Juli. Endlich fand auch der Gesetzentwurf über wertbeständige Hypotheken Annahme.

Stambulinski erschossen. Aus Sofia wird gemeldet: Der frühere Ministerpräsident Stambulinski ist auf einem Fluchtversuch erschossen worden. Folgende Einzelheiten werden gemeldet: Der ehemalige Ministerpräsident hatte sich dem Kommandanten einer Militärabteilung ergeben. Bei Kobowka griffen bewaffnete Landleute das Automobil, in welchem Stambulinski weggeführt wurde, an. Der Ministerpräsident floh, wurde aber auf der Flucht erschossen.

Der Kampf um China. Die von Japan unternommene militärische Aktion in den chinesischen Nordhäfen hat in Washington einige Nervosität verursacht. Die amerikanische öffentliche Meinung ist in Bezug auf die Unabhängigkeit Chinas sehr empfindlich und sieht in jeder solchen Bewegung Japans die versteckte Absicht einer totalen Hegemonie über Ostasien, die leicht zu einer wirtschaftlichen Schädigung der Union führen könnte, die China als einen wichtigen Markt für die amerikanische Industrie ansieht. — In China geht inzwischen alles drunter und drüber. Der Präsident der Republik Li Yuan Dung ist in Tientsin, wohin er geflohen war, von dem General Wang Ching festgenommen worden. Er wurde erst wieder freigelassen, nachdem er die Amtsführung, die er auf seiner Flucht mitgenommen hatte, dem General ausgeliefert hatte. Die tatsächliche Regierungsgewalt in Peking sowohl wie in den Provinzen liegt in den Händen der Militärs. Der Präsident hat in Tientsin eine Mitteilung veröffentlicht, in der er seinen Rücktritt für unglücklich erklärt, da er unter Zwang gehandelt habe.

Von Stadt und Land.

Kao, 16. Juni.

Stadtverordnetenungsbericht vom 15. Juni. Amweilend 20 Stadtverordnete, Stadtrat Schubert, Bürgermeister Hofmann; Leitung Stadtverordnetenvorsteher Frey. 1. Das Schulgeld für den Handarbeitsunterricht wird mit 8000 Mark fürs Halbjahr, ab 1. April festgesetzt. 2. Das Doppel-Schulgeld ist 80 Mark für eine Woche. 3. Der Zinsfuß für gewöhnliche Sparanlagen wird auf 5 Prozent, der für Feuerfreie Einlagen auf 8 Prozent erhöht. Eine Umfrage bei verschiedenen Gemeinden ergab, daß niemand mit Erhöhung des Zinsfußes den Anfang machen will, daß die Gemeinden meist eine Erhöhung für spätere Zeit vorsehen haben. 4. Die Grundgebühren der Schornsteinfeger werden auf das Doppelte erhöht. Punkt 5 der Tagesordnung betraf die Erneuerung des Heizkessels in der Handelsschule. Ein Gutachten des Direktors Jofobi wird ausgestellt; der Kessel ist so abgenutzt, daß er nach spätestens zwei Heizperioden überhaupt nicht mehr brauchbar sein dürfte. Sein Verkauf als Roh Eisen wird schätzungsweise 1500000 Mark einbringen. Ein neuer Kessel kostet 20 Millionen Mark. Der Rat hat sich bereits genehmigt, zuzugreifen, da vom 15. Juni an bedeutende Preissteigerungen eintreten. Das Geld wird bewilligt. Punkt 6 und 7 betreffen Vorschläge zur Steuerentlastungskommission, für Bezirk 3, der Auerhammer einschließt, sind von den Stadträten begl. Stadtverordneten gemäßigt die Herren Aegerler, Gantzer, Rohner, Goldig — Sonntag, Kestler, Kupfer, als Stellvertreter Schultheiß, Burghold, Graf; für den 4. Bezirk Hegler, Fischer, Höber, Hirze, Weichold, Walther — Wilhelm, Weishorn, Baumade, als Stellvertreter Fretz, Seibel, Bergner. Alle diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen. — Anschließend fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Ortskrantenausstellung. Am 14. d. Mts. fand im Restaurant Bürgergarten in Aue die diesjährige erste öffentliche Sitzung des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrantentasse für Aue und Umgebung statt, die von 7 Arbeitgebern und 27 Beschäftigten, sowie 10 Vorstandsmitgliedern besucht war. Sie wurde vom Ausschussvorsitzenden Richard Dorena geleitet. Der Vorstandsvorsitzende Max Fiedler erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Darnach war das Geschäftsjahr 1927 infolge des Steigens der Feuerung eines der arbeitsreichsten seit Bestehen der Kasse. Der Grundlohn hat eine wiederholte Erhöhung erfahren und beträgt im Höchst-